



SSW-Parteitag, Husum, 31.10.2009

Tagesordnungspunkt 5

Redebeitrag von Anke Spoorendonk, MdL

Landtagsgruppen

Flenborghus

Norderstr. 74

D24939 Flensburg

Landeshaus

Düsternbrooker Weg 70

D-24105 Kiel

tlf. +49 431 988 1380

landtag@ssw.de

Kære venner,

liiw följkens,

liebe Freunde,

sehr geehrte Damen und Herren,

dette valg har været et historisk valg. SSW har ikke kun præsteret en engageret valgkamp i utide, som jeg på landdagsmedlemmernes vegne vil sige jer alle hjertelig tak for. Vi har også opnået et historisk valgresultat og vi har tilkæmpet os en plads i det politiske landskab, som giver os helt nye muligheder.

Mit der Landtagswahl 2009 hat der SSW einmal mehr belegt, dass er eine wichtige Größe in der Politik Schleswig-Holsteins ist. Nicht nur, weil wir so stark sind wie seit der Nachkriegszeit nicht mehr, sondern auch, weil alle Parteien im Landtag uns vor der Wahl erstmals als potenzielle Koalitionspartner genannt haben. Der SSW hat nicht nur vollgültige Mandate, er ist auch ein vollgültiger Partner in der Landespolitik. Auch das ist historisch an der Wahl 2009.

Diese neue Rolle des SSW ist natürlich nicht zuerst Ausdruck dafür, dass die Erfahrung von 2005 die Politiker in unserem Land zu besseren Menschen geläutert haben. Es ist nicht zuletzt der SSW selbst, der sich diesen Platz erkämpft hat, weil er erklärt hat, dass es bereit ist mehr Verantwortung für das Land zu übernehmen. Der Beschluss des Parteitags von 2006, dass der SSW nicht nur das demokratische und moralische Recht hat, dieses Land mitzugestalten, sondern auch den Willen dazu, hat seine Wirkung entfaltet. Es ist von allen registriert und akzeptiert, dass wir bereit sind, in ein Bündnis einzutreten und die Kompromisse zu machen, die eine Koalition immer bedeutet. Die neue Offenheit für den SSW ist aber auch Ausdruck dafür, dass die politische Landschaft sich verändert. In Zukunft wird es immer unwahrscheinlicher, dass zwei Parteien allein eine Regierung bilden können, wenn es nicht gerade wieder eine Große Koalition sein soll. Auch das erhöht das politische Gewicht des SSW.

Im Moment ist die Koalitionsfrage in Schleswig-Holstein nicht mehr aktuell. Aber sie kann schneller wieder aktuell werden, als man denkt. Es ist nach wie vor fraglich, ob die CDU-FDP-Koalition bis 2014 allein regieren kann. Denn es gibt eine Reihe von offenen rechtlichen Problemen. Die Linke braucht nur wenige Stimmen, um der FDP ein Mandat abzunehmen, deshalb wird es voraussichtlich eine Neuauszählung geben. Es gibt Wahleinsprüche und Verfassungsklagen von Bürgern, Parteien und Fraktionen gegen die Mandatsverteilung. Und außerdem ist es juristisch höchst umstritten, ob die CDU ihre so genannten „ungedeckten“ Überhangmandate nachbesetzen darf, wenn ein Abgeordneter krank wird oder verstirbt. Ob dieses CDU-FDP-Zweierbündnis fünf Jahre lang mit einer soliden Mehrheit durchhalten kann, steht also in den Sternen.

Deshalb ist es auch jetzt nach der Regierungsbildung immer noch aktuell, zu unterstreichen: Der SSW redet mit jedem, der mit uns auf Augenhöhe verhandelt und der mit uns gemeinsam die politischen Ziele des SSW umsetzen will. Aber wir verkaufen unsere Stimmen nicht für ein Appel und und ein Ei. Natürlich muss man in der Politik Kompromisse eingehen können. Aber man muss nachher auch den Blick in den Spiegel und in das eigene Wahlprogramm aushalten können. Der SSW ist kein bequemer Mehrheitsbeschaffer. Das ist und bleibt so.

Jeg ved, at nogle har undret sig over, at landsstyrelsen og spidskandidaterne før valget har udelukket et regeringssamarbejde med Die Linke. For at sige det helt tydeligt: SSW står selvfølgelig stadig ved sit nordiske demokratisyn. Vi tager en kritisk-konstruktiv dialog med alle partier og vi skal kunne forhandle med alle demokratiske partier om politiske indhold. Men det var heller ikke det, det handlede om, da vi valgte at ytre os til Linkspartei før valget.

Der SSW mit seinem skandinavischen Politikverständnis gehört nicht zu denjenigen, die andere demokratische Parteien verteufeln und grundsätzlich ausschließen. Aber wir kommen nicht darum herum, uns damit auseinanderzusetzen, wie die Parteien in der Praxis vor Ort aussehen. Die Linke ist eine feste politische Kraft im deutschen Parteiensystem. Alle Versuche, diese Partei auszugrenzen sind fehlgeschlagen und das ist auch gut so.

Trotzdem müssen wir erkennen, dass die Linke nicht gleich die Linke ist. Mit welcher Linken man es zu tun hat, hängt von der Region und den Personen ab. Die etablierte Linke im Bundestag oder in den ost-deutschen Bundesländern ist eine andere Linke als die hierzulande. Was wir vor der Wahl von der Linkspartei in Schleswig-Holstein

gesehen und gehört haben, war beunruhigend. Der Landesverband ist bisher vor allem durch massive interne Konflikte in Erscheinung getreten. Es ist bezeichnend, dass ein Teil der Linken kurz vor der Wahl die Partei verließ und dazu aufrief, den SSW zu wählen. Andere aus der Partei haben uns nachher zu verstehen gegeben, dass sie unsere Entscheidung sehr gut verstehen konnten. Deshalb - und nur deshalb - haben wir schon vor der Wahl gesagt, dass wir uns keine Regierung mit dem SSW vorstellen können, die auf die Stimmen der Linkspartei angewiesen ist.

Dies galt umso mehr, als die Linke auch noch angekündigt hatte, allenfalls eine Minderheitsregierung tolerieren zu wollen. Nicht weil wir jetzt gegen Minderheitsregierungen sind. Ich glaube nach wie vor, dass sie der Demokratie große Vorteile bringen können. Aber wenn der SSW, die Grünen und die SPD – minus eine Person – sich 2005 auf eine Tolerierung einlassen konnten, dann war es ja gerade, weil alle Beteiligten sich kannten und wussten, dass sie sich aufeinander verlassen konnten. Diese Gewissheit hatten wir bei der Linken nicht und deshalb war ein solches Bündnis für mich und die anderen Spitzenkandidaten des SSW nicht denkbar.

Das mag sich in den kommenden Jahren ändern, das kann ich nicht ausschließen. Wir haben jetzt auch einen guten, kollegialen Kontakt zu einigen der neuen Landtagsabgeordneten der Linken. Aber die notwendige Vertrauensgrundlage für ein stabiles Bündnis haben wir im Moment nicht und das musste ehrlicherweise schon vor der Landtagswahl klar gesagt werden.

Vi skyldte ikke mindst vælgerne at sige det klart, fordi medierne gjorde som om, at alternativet til CDU-FDP var et SPD-Grønne-Linke-SSW-flertal. Derfor var der behov for at understrege, at virkeligheden var en anden. For til sandheden hører jo også, at vi bestemt ikke var alene med vores betænkeligheder. Hverken SPD eller de Grønne var det fjerneste indstillet på at indgå et samarbejde med Linke. De havde bare ikke modet til at sige det offentligt.

Ved forholdet til Die Linke handlede det netop ikke om politisk indhold. Dem kan man altid drøfte efter et valg og så i givet fald blive enige om, at man ikke kan blive enige. Men det handlede om, at vi af principielle grunde ikke kunne indgå et sådant samarbejde. Det hører til min demokratiforståelse, at sige sådan noget før et valg. Man kan drøfte, om det kom lidt sent. Men egentlig havde det også været op til SPD at sige tydeligt, at de ikke ville et sådant samarbejde. De har dog valgt at lade mediernes vrangbillede stå ukommenteret af partitaktiske grunde. Denne form for fejhed og takteren hører ikke hjemme i SSW og derfor handlede landsstyrelsen og spidskandidaterne, som vi gjorde.

Kære venner!

Der er en ting mere, der har vakt debat og som jeg derfor vil komme ind på. Det er spørgsmålet om, hvordan vi omgås problemerne med valgloven og dens udlægning. Vi har allerede i 2004 og 2008 sammen med de Grønne og FDP i Landdagen gjort opmærksomt på, at vi kan få problemer med de såkaldte "Überhangmandate". Hvis et parti vinder for mange valgkredse direkte, vil der altid skulle startes en masse udligningsmekanismer, for at mandatfordelingen i landdagen genspejler flertalsfordelingen i samfundet – altså andenstemmerne. Både CDU og SPD valgte at skøjte henover kritikken, fordi dette valgssystem kan give

dem fordele. De ignorerede vores advarsler om, at det kan komme til en skæv fordeling. Og det er jo netop det, der er sket nu. Selv om CDU og FDP sammen kun fik 46,4 % af andenstemmerne har de et flertal på tre mandater i Landdagen.

Bei der Frage des Verhältnisausgleichs zur Landtagswahl 2009 geht es nicht darum, ob ein politischer Block oder der andere die Macht bekommt. Es gibt politisch keine Mehrheit für eine SPD-geführte Landesregierung, egal wie die Mandatsverteilung vorgenommen wird. Deshalb sollte diese Situation zuerst genutzt werden, um ein für alle mal die Ungerechtigkeiten im Wahlrecht auszuräumen, die bei kommenden Wahlen zu weit größeren Spannungen und Ungerechtigkeiten führen können.

Der SSW hat daher am Tag nach der Landtagswahl geäußert, dass für uns eine Änderung des Wahlgesetzes erste Priorität hat. Wir taten dies, weil ein Wechsel des Berechnungsmodus der Landeswahlleiterin, um eine andere politische Mehrheit zu erhalten, immer den Eindruck der Manipulation hinterlässt. Eine so hochpolitische Frage sollte nicht von den Parteien im Landeswahlausschuss oder vor einem Gericht geklärt werden, sondern muss vom Parlament entschieden werden. Das war und ist die Haltung des SSW.

Aus diesem Grund haben wir am 28. September auch eine Wahlprüfungsklage abgelehnt. Denn wir wollten nicht ein Verfahren, bei dem das Verfassungsgericht in zwei Jahren der Politik ein besseres Wahlgesetz diktiert, das das Parlament schon vorher selbst erarbeiten und beschließen kann. Aber leider hat es bei der Landtagsmehrheit keinen entsprechenden Willen gegeben.

Der SSW-Landesvorstand hat am 28. September gefordert, dass in dieser brenzligen Frage ein verantwortungsvoller politischer Konsens gesucht wird. Wir haben vorgeschlagen, dass die Parteien sich darauf verständigen, dass bei künftigen Wahlen der Verhältnisausgleich nach Sainte-Laguë/Schepers statt nach D'Hondt stattfindet und dass die Zahl der Landtagswahlkreise deutlich verringert wird. Eine solche Lösung würde bewirken, dass die Mandatsverteilung in Zukunft gerechter wird und dass das unwürdige Spiel mit den Überhang- und Ausgleichsmandaten aufhört.

Leider hat die CDU aber trotz mehrfacher Bitte des SSW nicht verlässlich zusagen wollen, dass sie eine Wahlgesetzänderung herbeiführen wird, bei der die Zahl der Wahlkreise deutlich reduziert und das D'Hondtsche Höchstzählverfahren durch ein neues, gerechteres Auszählungsverfahren ersetzt wird. Damit gibt es keine Garantie dafür, dass die Probleme mit den Überhang- und Ausgleichsmandaten dauerhaft politisch gelöst werden.

Die Situation wurde im Gegenteil Mitte Oktober dadurch verschärft, dass immer lauter verfassungsrechtliche Bedenken gegen die entsprechenden Regelungen im Landeswahlgesetz geäußert wurden. Während die Landesverfassung vorschreibt, dass Überhangmandate durch Ausgleichmandate ausgeglichen werden, lässt das Landeswahlgesetz zu, dass dieser Ausgleich auch nur im begrenzten Umfang vorgenommen wird. Eben dies hat die Landeswahlleiterin ja getan.

Damit bekam diese Diskussion Mitte Oktober eine neue Qualität. Es geht nicht mehr nur darum, ob die eine oder andere Seite mehr profitiert und ob das Gesetz besser gestaltet werden kann, um eine Auseinan-

dersetzung zu vermeiden. Es geht jetzt darum, ob das Wahlgesetz überhaupt so aussehen darf. Wir können aber nicht mit verfassungsrechtlichen Zweifeln am demokratischen Wahlsystem in Schleswig-Holstein leben. Wenn diese Frage nicht schnell geklärt wird, kann das Vertrauen in die demokratische Legitimation von Parlament und Regierung dauerhaft Schaden nehmen. Es ist die Pflicht aller Parteien, eine solche fatale Entwicklung im Keim zu ersticken. Aus eben diesem Grund haben wir das Landesverfassungsgericht um Klärung gebeten.

Die alte SSW-Landtagsgruppe hat gemeinsam mit den Grünen eine Normenkontrollklage eingereicht. Das Verfassungsgericht soll untersuchen, ob das Wahlgesetz die Ausgleichsmandate begrenzen und so Parteien mit vielen Direktmandaten bevorzugen darf. Weder das Parlament noch die Regierung können fünf Jahre lang mit dem Vorwurf leben, dass Schleswig-Holstein mit einer verfassungswidrigen Mehrheit regiert wird. Leider gibt es hierfür keinen anderen Weg mehr als den juristischen.

SSW har samtidig anbefalet sit medlem af Landeswahlausschuss, nemlig vores landssekretær, at stemme blankt ved afstemningen om landdagsvalget i landsvalgudvalget. Det har vi gjort, fordi landsvalglederen har handlet retsligt korrekt. Problemet er ikke tolkningen af loven, problemet er loven selv. Desuden har vi vurderet, at det ikke er rigtigt på den ene side at bede forfatningsdomstolen om at afgøre, om valgloven strider imod forfatningen og samtidig at stemme imod i landsvalgudvalget med begrundelsen, at det er forfatningsstridigt. Hvis man ikke kan finde en politisk løsning, så må domstolen vise vejen nu. Men det kan ikke være op til et ikke-folkevalgt gremium med medlemmer, som partierne har udpeget at ændre mandatsfordelingen. Det holder vi fast i.

Egal wie die Gerichtsverfahren ausgehen: Sicher ist, dass Schleswig-Holstein seit Dienstag eine neue Landesregierung hat. Mit dieser Regierung werden wir uns nun auseinandersetzen und zusammenarbeiten müssen, um politischen Einfluss zu nehmen.

Der SSW hat vor der Wahl immer unterstrichen, dass das wichtigste eine handlungsfähige Regierung ist, die sich auf gemeinsame Ziele verständigen kann. Ob diese Gemeinsamkeiten bei Schwarz-Gelb ausreichen, müssen wir nun sehen. Immerhin haben sie sich im Rekordtempo auf einen Koalitionsvertrag verständigen können. Allerdings sind auch viele Konfliktpunkte ausgeklammert und verschoben worden.

Für die Bürgerrechte ist dieser Koalitionsvertrag ein Fortschritt, den wir uneingeschränkt begrüßen. In einer Reihe anderer wichtiger Fragen wird dieses Bündnis unser Land aber nicht voranbringen. Besonders bitter ist der Kompromiss in der Bildungspolitik. Statt die Reform der Schulen konsequent zu vollenden, wird an der unausgegorenen Kombination von SPD-Gemeinschaftsschulen und CDU-Regionalschulen festgehalten. Möglicherweise kehrt sogar die Realschule als Untote zurück. Diese Lösung, an einer halbfertigen Schulreform festzuhalten und möglicherweise sogar noch ein wenig altes zurückzuholen, mag Konflikte in der CDU und der FDP befrieden. Für die Schulkinder und ihre Eltern ist dies eindeutig die falsche Richtung.

In der Finanzpolitik ist es zu einem schnellen Ergebnis gekommen, weil die wirklichen Konfliktpunkte ausgeklammert wurden. Schwarz-Gelb kann sich zwar darauf verständigen, viele Tausende Stellen im Landesdienst zu sparen, das ist auch notwendig. Mit den pauschalen

Sparbeschlüssen werden die Konflikte aber lediglich in die Zukunft verschoben. Das erinnert fatal an die Große Koalition.

Dies gilt im übrigen nicht nur für die Themen, sondern auch für die Personen. Wenn der Alltag beginnt und die verdrängten Konflikte zu Tage treten wird sich zeigen, dass Peter Harry Carstensen und Wolfgang Kubicki ein ebenso ungleiches Paar sind, wie Carstensen und Stegner. Sie werden ebenso wenig in der Lage sein, eine Beziehung auf gleicher Augenhöhe zu führen. In den kommenden fünf Jahren dürfen wir also voraussichtlich dasselbe erleben, wie in den letzten vier: Der kleine Mann schaut auf den großen herunter. Die bisher protokollierten Äußerungen Kubickis zu Carstensens Intellekt und sonstigen Qualitäten, jedenfalls, stehen denen von Ralf Stegner in nichts nach.

Dabei hat der SSW ja durchaus Verständnis dafür, dass es Carstensen's Partnern nicht immer leicht fällt. Die vier SSW-Abgeordneten haben am Dienstag gegen Peter Harry Carstensen gestimmt. Wir haben dies getan, weil Schleswig-Holstein einen qualifizierten, handlungsstarken Regierungschef braucht, der mit den Folgen der Finanzkrise und anderen großen ungelösten Problemen des Landes umgehen kann und der dieses Land politisch gestalten will. Weil wir dieses Vertrauen nicht hatten, haben wir bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage am 23. Juli Peter Harry Carstensen nicht unsere Stimmen gegeben. Die Qualitäten unseres Landesvaters haben sich in den vergangenen drei Monaten nicht geändert und deshalb haben wir ihn auch am 27. Oktober nicht unterstützt.

Gerade weil Peter Harry Carstensen ein relativ unpolitischer Ministerpräsident ist, braucht er eine starke Mannschaft, die das regelt, was er

nicht kann. Die hatte er in den vergangenen Jahren nicht und ein Neuanfang wäre am Platz gewesen. Aber der Neuanfang, den sich sicher auch viele in der CDU gewünscht hätten, fällt aus. Die neuen politischen Impulse und die neuen Köpfe kommen von der FDP. Bei der CDU wird auf altnichtbewährtes Personal gesetzt. Finanzminister Wiegard darf bleiben, obwohl der in der Finanzkrise versagte. Entbürokratisierungsstaatssekretär Schlie, von dem niemand sagen kann, was er in den letzten vier Jahren entbürokratisierte, wird Innenminister. Staatssekretär Maurus, der als Chef der Staatskanzlei eine große Mitverantwortung für die bisher schwache Regierungsführung Carstensens trägt, soll nun immerhin das Land in Berlin vertreten. Staatssekretär de Jager, der in der Frage der Privatisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein eine nicht immer rühmliche Rolle spielte und auch in der Hochschulpolitik nicht glänzte, wird Wirtschaftsminister. Und erst nach langem Hickhack und öffentlichem Druck gelang es der Koalition, noch eine einzige Frau fürs Kabinett zu finden. Das ist ein Armutszeugnis sondergleichen.

Men det er selvfølgelig i første omgang regeringens problem. Den skal nu måles på sine gerninger. SSW vil fortsætte sit kritiske og konstruktive oppositionsarbejde. Derved vil rammen være en anden, end den, vi hidtil har kendt. Ligesom i resten af Tyskland er det politiske landskab i Slesvig-Holsten under forandring. Efter landdagsvalget den 27. september har vi et 6-parti-system i Slesvig-Holsten, der er kommet for at blive. Grunden er nemlig ikke kun, at vælgerne har straffet den store koalition ved at vælge de mindre partier. Årsagen er ligeså meget, at vores samfund er under forandring, og dette vil præge parlamentet i de næste årtier.

De konkrete konsekvenser for Landdagen består ikke kun i, at der er flere partier. Den hidtidige opdeling i de to store folkepartier på den ene side og små partier med særinteresser på den anden side hører ligeledes fortiden til. Med FDP og de Grønne har vi nu to mellemstore partier, der ligeledes samler store dele af befolkningen. Selvom medierne i valgkampen har fortsat tilspidsningen mellem CDU og SPD, så ser den politiske virkelighed længst anderledes ud. De to store partier har ikke længere monopol på at præge landets politiske ansigte. I dag har vi vicepræsidenter og udvalgsformænd fra FDP og de Grønne. Jeg synes, at det er en god udvikling, for det kan atter styrke identifikationen mellem befolkningen og parlamentet, hvis de kan se mangfoldigheden til dagligt.

For SSW betyder denne udvikling dog også nye udfordringer. Vi skal hævde os i en opposition med fire partier. Ikke mindst derfor er det et lykketræf, at vi er fire om det og får flere ressourcer til rådighed. SSWs landdagsgruppe vil bruge sin nye styrke til at tage imod disse udfordringer. Men også med en fordobling af mandaterne kan vi ikke selv klare de opgaver der ligger forude – at være lige synlige i mangfoldigheden og at holde fast i den massive opbakning, som menneskene især i Sydslesvig har givet os den 27. september. Dertil har vi brug for vores kommunalpolitikere, distriktbestyrelser og menige medlemmer. I kan nu alle være med til at sørge for, at SSW også efter 2014 er en stærk politisk faktor. Det beder vi om jeres hjælp til.